

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Ing. Peter Westenthaler, Ursula Haubner, Dolinschek und Kollegen

betreffend notwendige finanzielle Unterstützung der Bevölkerung durch einen Heizkostenzuschuss des Bundes

eingebraucht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage betreffend Missbrauch des Innenministeriums für parteipolitische Zwecke in der Sitzung des Nationalrates vom 3. März 2008

Die von Tag zu Tag dramatischer werdenden Vorwürfe des Machtmissbrauchs im Bereich des Innenministeriums und des rücksichtslosen missbräuchlichen Einsatzes von Exekutivbeamten für parteipolitische Zwecke verunsichern und erschrecken die Österreicherinnen und Österreicher. Jede Maßnahme, die Exekutivbeamte gegenüber politischem Druck unabhängiger macht, ist daher wichtig und notwendig. Eine finanzielle Basis, die geeignet ist, die Lebenshaltungskosten zu decken, spielt dabei eine wesentliche Rolle, um Korruption schon im Ansatz zu vermeiden. Gerade die gestiegenen Heizkosten führen aber derzeit neben anderen wesentlichen Verteuerungen dazu, dass das Heizen gerade bei den unteren Einkommensbereichen zusehends zum Luxus wird, dadurch gerade geringe Haushaltsbudgets zunehmend belastet werden, und die Deckung der Lebenshaltungskosten für viele immer problematischer und schwieriger wird.

Wenn nun in Zeiten dramatischer Teuerungswellen, die sich insbesondere bei den Energie- und Heizkosten drastisch auswirken, die Exekutivbeamten nur eine Gehaltserhöhung von 2,7 % und eine Einmalzahlung erhalten, die gerade im unteren Einkommensbereich von den Teuerungen und der kalten Progression mehr als aufgefressen werden, trägt das nicht dazu bei, die Exekutivbeamten gegenüber Korruption und parteipolitischer Instrumentalisierung resistent zu erhalten.

Die aktuelle Belastungs- und Teuerungswelle durch steigende Heizkosten muss daher auch im Interesse der Sicherheit (aber aus Gründen der Gerechtigkeit selbstverständlich nicht auf diesen Bereich beschränkt) abgedefert werden, damit die finanzielle Situation Exekutivbediensteter nicht gegenüber politischen Wünschen gefügig macht.

Eine Entspannung der Teuerungen ist auch in diesem Jahr nicht zu erwarten. „Brot wurde um fast 7 Prozent teurer, Weizenmehl um fast 9 Prozent, Teigwaren um 13 Prozent – und Butter gar um mehr als 26 Prozent“ übt der Direktor der Arbeiterkammer Werner Muhm am 15.11.2007 Kritik an diesen Steigerungen. Angesichts dieser horrenden Preissteigerungen stoßen viele Österreicherinnen und Österreicher bei Deckung der Lebenshaltungskosten an ihre finanziellen Grenzen. „Gerade die steigenden Lebenshaltungskosten, vor allem die Teuerungen von Grundnahrungsmitteln und Heizkosten schlagen sich stark auf die schmalen Budgets von Menschen, die in Armut leben, nieder und vergrößert damit den von Armut betroffenen Personenkreis,“ so die Armutskonferenz in einer Aussendung vom 25.11.2007. Diese alarmierende Entwicklung bestätigt Sozialminister Buchinger in der parlamentarischen Anfragebeantwortung 1210/AB vom 30.08.2007, wenn er darauf hinweist, dass „bereits 250.000 Menschen in Haushalten mit niedrigen Pro-Kopf-Einkommen trotz Erwerbsarbeit von Armutgefährdung betroffen sind.“ Auch Landeshauptmann Pröll übte Kritik: „Es ist eine Tatsache, dass in diesem Jahr alles teurer geworden ist, überdurchschnittlich teurer. Solch eine Teuerungswelle hat es noch nie gegeben“.

Einen wesentlichen Beitrag zu diesen Teuerungen leisten die Energiekosten, die mittlerweile die Hauptpreistreiber in Österreich sind. Im zweiten Halbjahr 2007 stiegen diese stärker an als etwa in Deutschland oder Italien. Allein im Dezember 2007 erhöhten sich die Energiekosten in Österreich um 14 Prozent und haben mit Jahresende rund 1,1 Prozentpunkte zur Inflation beigetragen. Dazu kommen die stark gestiegenen Preise am Rohölmarkt sowie die klimatischen Bedingungen, die zu enormen Steigerungen der Heizkosten führen und bereits im letzten Winter die Haushalte massiv belasteten.

Da die Energiekosten für die Heizperiode 2007/2008 - mit deutlichen Unterschieden je nach verwendetem Energieträger - weiter steigen, ist mit einem zusätzlichen Heizkostenzuschuss des Bundes dringend eine zielgerichtete finanzielle Unterstützung für die Bevölkerung sicherzustellen.

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat umgehend eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die eine finanzielle Entlastung der österreichischen Bevölkerung durch die Gewährung eines einkommensabhängigen Heizkostenzuschusses sicherstellt.“

Wien, am 3. März 2008

The image shows several handwritten signatures in black ink. On the left, there are two large, stylized signatures. On the right, there are four smaller signatures, with the names 'P. Nowak', 'H. Kerschbaum', 'S. Lohmüller', and 'Verf. Kerschbaum' written below them in a more legible script.